

„Wovor habt ihr Angst?“

Kann ein Ost-West-Schüleraustausch den Zusammenhalt stärken? Sachsens Sozialministerin Petra Köpping wirbt dafür. Von Jugendlichen aus Leipzig und Frankfurt/Main erfährt sie, dass beide Gruppen ähnliche Sorgen plagen.

Von Mathias Wöbking

Leipzig. Mit welchen Sorgen blicken Jugendliche in die Zukunft? Sind es dieselben Ängste, egal ob man in Leipzig aufwächst oder in Frankfurt am Main? Das Leipziger Friedrich-Schiller-Gymnasium pflegt seit gut drei Jahren eine Partnerschaft mit der Frankfurter Schillerschule. Momentan findet erstmals ein mehrjähriger Ost-West-Schüleraustausch zwischen beiden Bildungseinrichtungen statt: Neun Schülerinnen und Schüler aus Frankfurt wohnen für vier Tage bei Gastfamilien in Leipzig.

„Also, wovor habt ihr Angst?“, will Victor wissen, Elftklässler aus Leipzig. Außer den neun Frankfurter Jugendlichen sitzen rund 20 Leipziger Schülerinnen und Schüler in einem Stuhlkreis. Auch ein paar Erwachsene sind am Montag zur Runde dazugestoßen: Lehrerinnen, Lehrer – und sogar eine Politikerin samt Tross. Petra Köpping (SPD) ist nicht nur Sachsens Ministerin für Soziales und Gesundheit. „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ lautet erklärtermaßen ihre dritte Aufgabe.

Furcht vor Krieg, Klimawandel und KI

Ängste mögen geeignet sein, eine Gesellschaft zu spalten. Aber vier von fünf Sorgen, die in der Eingangsrunde immer wieder auftauchen, sind unabhängig von der Herkunft die gleichen: erstens die Furcht vor Krieg, zweitens und damit verbunden, vor der Wiedereinführung der Wehrpflicht. Drittens die Angst vor dem Klimawandel, „der gerade irgendwie in Vergessenheit gerät“, wie eine Schülerin beklagt. Viertens die Unsicherheit, welche Zukunft Künstliche Intelligenz mit sich bringt. „Wenn ich mich jetzt für einen Beruf entscheide, gibt es den Job dann überhaupt noch, wenn ich mit dem Studium oder der Ausbildung fertig bin?“, fragt eine andere Schülerin.

Bei der fünften vielfach genannten Sorge wird sich in der anschließenden Diskussion hingegen zeigen, dass sie vor allem den Leipziger Jugendlichen zu schaffen macht:



„Wenn wir zusammen eine Diskussion führen, stimmt mich das zuversichtlich“: Petra Köpping (hinten, 2. v. r.) mit Schülerinnen und Schülern aus Leipzig und Frankfurt am Main. Rechts neben der Sozialministerin sitzt Susann Rührich, die Kinder- und Jugendbeauftragte der sächsischen Regierung. FOTO: WOLFGANG SENS

die Angst vor einem Rechtsruck und dem Erstarken der AfD.

Unterschiedlicher Blick auf die AfD

„Wir müssen alles tun, um zu verhindern, dass die AfD in den Schulen Einfluss gewinnt“, sagt etwa der Leipziger Zwölfklässler Julius. Dagegen hält der Frankfurter Zehntklässler Jakob die Partei bislang für keine große Gefahr. „Ich kenne persönlich kaum Leute, die AfD wählen würden“, sagt er. Sein Klassenkamerad Felix sieht es genauso: „Bei der Juniorwahl an unserer Schule war die AfD die zweit schwächste Kraft: Sie erhielt nur zwei Prozent.“

Es ist Ministerin Köpping, die darauf hinweist, dass die AfD in U18-Wahlen und unter Jungwählern in ostdeutschen Bundesländern

zuletzt oft die meisten Stimmen bekam. „Da unterscheiden sich Ost und West“, betont sie. Für die Leipziger Elftklässlerin Fritzi birgt die Entwicklung die Gefahr eines Teufelskreises: „Wenn bundesweit mit dem Finger auf die ostdeutschen Bundesländer gezeigt wird, fühlt man sich hier wieder ausgegrenzt und benachteiligt.“

Gegensatz zwischen Stadt und Land

Ihr Mitschüler Pepe wirft ein, dass die Hinwendung zu rechtsextremen Parteien stärker davon abhängt, ob jemand in der Stadt oder auf dem Land lebe – und nicht, ob in Ost- oder Westdeutschland. „Wenn man mit dem Bus aufs Land fährt“, fügt Klassenkamerad Moritz an, „sieht man oft schon die Fahnen.“ Das sei

in Hessen tatsächlich ähnlich, stimmt der Frankfurter Kunst- und Geschichtslehrer Leo Wörner zu, „wenn man etwa aus Frankfurt raus in Richtung Taunus fährt“.

Trotzdem: Auch mehr als 35 Jahre nach der Wiedervereinigung gebe es in den Köpfen manchmal noch Grenzen, vermutet Sylvia Piotrowski, Deutsch- und Geschichtslehrerin an der Frankfurter Schillerschule. „Wenn unsere Schülerinnen und Schüler über mögliche Orte fürs Studium nachdenken, fallen ihnen oft nur westdeutsche Städte ein.“ Jens-Uwe Jopp, der an der Leipziger Schillerschule dieselben Fächer unterrichtet, berichtet von Vorurteilen vor dem ersten Treffen vor drei Jahren: „Was? Nach Leipzig? Leben im Osten nicht nur Nazis?“, habe es damals geheißen.

Jetzt klingt das anders. „Vielleicht gibt es ein paar Unterschiede zwischen uns“, überlegt der 15-jährige Frankfurter Felix, „aber eigentlich nicht wirklich.“ Der Leipziger Zwölfklässler Anton sagt, dass er die Schulpartnerschaft bislang gar nicht als Ost-West-Verbindung wahrgenommen habe. „Es ist generell spannend, mit Schülerinnen und Schülern aus anderen Bundesländern ins Gespräch zu kommen“, findet er. Ministerin Köpping wirbt im sächsischen Landtag sowie auf anderen politischen Bühnen gleichwohl immer wieder ausdrücklich für den Austausch von Schulen in Ost und West. „Um den Zusammenhalt und das gegenseitige Verständnis zu stärken“, wie sie sagt. In der Leipziger Friedrich-Schiller-Schule erfährt sie indes, dass die jungen Men-

schon bereits jetzt eine wesentliche Erfahrung eint: überfüllte Lehrpläne.

„Notendruck spaltet“, sagt Fritzi aus Leipzig. Sie erntet sowohl bei ihrem eigenen als auch beim Frankfurter Schulleiter Zustimmung. „Die Schule soll die Schülerinnen und Schüler für die Hochschulen und die Wirtschaft selektieren“, stellt Knut Schleicher von der Leipziger Schillerschule fest. „Aber das fällt uns auf die Füße: Wir sind sehr notenfixiert.“ Michael Haas, sein Kollege aus Frankfurt, befürchtet, dass der hohe Leistungsdruck auf Kosten der inner-schulischen Demokratie gehe. „Wir haben äußerst engagierte Schülervertreter, aber hören seit Jahren die Klage, dass sich nur wenige beteiligen. Das ist vor allem in den höheren Klassen auch eine Zeitfrage.“



Wenn bundesweit mit dem Finger auf die ostdeutschen Bundesländer gezeigt wird, fühlt man sich hier wieder ausgegrenzt und benachteiligt.

Fritzi,
Elftklässlerin der
Friedrich-Schiller-Schule Leipzig

Köpping ist zwar nicht Sachsens Kultusministerin. Aber offenbar kennt sie das Problem. „Ich bin dagegen, dass Schüler mehr arbeiten als Erwachsene, weil 40 Stunden pro Woche nicht ausreichen, um alles zu schaffen.“ Sie fordert, „Die Lehrpläne müssen überarbeitet werden.“ Damit die Schülerinnen und Schüler in Sachsen wie in Hessen zumindest weniger sorgenvoll auf ihre Gegenwart blicken.